

„Die Belastung der Pflegekräfte ist zu hoch“

In Vorarlberg laufen die KV-Verhandlungen für das private Sozial- und Gesundheitswesen. Laut Gewerkschaft steht viel auf dem Spiel.

SCHWARZACH Wenn das Land sagt, es brauche mehr Fachkräfte und mehr Quereinsteiger, dann braucht es auch mehr Geld, um das zu ermöglichen. Davon ist Marcel Gilly, Chef der Gewerkschaft für Privatangestellte in Vorarlberg, überzeugt. Er wird die Arbeitnehmerseite bei den Kollektivvertragsverhandlungen des Vorarlberger Sozial- und Gesundheitswesens (VSG) vertreten. Zentral sei dabei, den Arbeitsdruck zu mindern, der auf dem Personal lastet. Wie stark die Gehälter steigen müssten, will Gilly nicht beziffern. Aber: In Pflege- und Sozialeinrichtungen sollte es ähnliche Gehaltsanpassungen wie in den Spitälern geben. Die Lohnverhandlungen laufen bereits.



„Es besteht akuter Personalmangel. Verschärft sich die Dramatik, sinkt das Versorgungsniveau.“

Marcel Gilly
GPA Vorarlberg

Sitzen sich die Verhandler wieder gegenüber, wird auch der bundesweite KV-Abschluss für die Sozialwirtschaft Thema sein. Nach drei Verhandlungsrunden steht fest, dass die Ist- und Mindestgehälter der rund 130.000 Beschäftigten der Branche um vier Prozent steigen werden, Gleiches gilt für Zulagen und Zuschläge. Die Vorarlberger Beschäftigten in dieser Branche betrifft das nicht. Sie sind über einen eigenen Kollektivvertrag (VSG-KV) angestellt.

Eigener KV in Vorarlberg

Vorarlberg zählt rund 9000 Beschäftigte im privaten Sozial- und Gesundheitswesen, bei denen der VSG-KV greift. Ohne sie hätten über 17.000 Personen im Land keine angemessene Betreuung oder Pflege, sagt der Gewerkschafter. Zusätzlich ermöglichen sie über 15.000 Angehörigen, einer Arbeit nachzugehen. Umso wichtiger sei



In Wien wurde für einen gerechten Abschluss demonstriert. In Vorarlberg gibt es einen eigenen Kollektivvertrag.

es, die Beschäftigten zu entlasten. Bereits im Sommer berichtete der Gewerkschafter von einer Umfrage unter Pflegekräften, wonach die psychische Belastung und die Burnout-Gefahr zunehmen. Immer mehr spielen mit dem Gedanken eines Jobwechsels, und der Personaldruck steige. Um dem entgegenzutreten, brauche es Planungssicherheit, Investitionen in Quereinsteiger und eine mögliche Aufstockung von Teilzeitkräften.

„Es besteht akuter Personalmangel in Pflege- und Sozialeinrichtungen. Wenn sich diese Dramatik verschärft, sinkt das Versorgungsniveau“, betont Gilly. Er fordert unter anderem geregelte Arbeitszeiten. „Die Dienstpläne müssen halten.“ Fürs Einspringen brauche es bessere Regelungen, etwa was Abgeltung und Bereitschaften betrifft. Die Gehaltsreform in Spitälern und Gemeinden müsse sich im Vorarlberger Sozial- und Gesundheitswesen abbilden. Die politische Verantwortung hätten die Finanzierung sicherzustellen.

Gilly hofft auf sachliche Gespräche. Eine Lösung vor Weihnachten sei möglich, es könne aber auch sein, dass die Verhandlungen bis ins neue Jahr dauern. Fix ist: Der neue KV gilt ab 1. Februar. **VN-EBI**

Nach Angaben des Landes kostet die Gehaltsreform in den Spitälern rund zehn Millionen Euro, davon entfallen rund 5,5 Millionen Euro auf die Pflege. „Die Berufsgruppen im pflegerischen Bereich wurden zum größten Teil einer Gehaltsklasse höher zugeordnet“, heißt es im Büro von Gesundheitslandesrätin Martina Rüscher. „Es ist wichtig, dass Langzeitpflege, Hauskrankenpflege und Akutpflege ähnlich faire und vergleichbare Rahmenbedingungen haben, um ein gegenseitiges Abwerben zu vermeiden.“ In die Verhandlungen zum VSG-KV sei das Land nicht direkt eingebunden, lautet die Stellungnahme aus dem Büro Rüscher. Für die Arbeitgeberseite sitzt Caritas-Chef Walter Schmolly am Tisch. Sehr wohl aber agiert das Land als Geldgeber. Wie viel Geld für eine Anpassung oder eine Gehaltsreform bleibt, will das Land erst nach Ende aller Verhandlungen beantworten.

Gilly hofft auf sachliche Gespräche. Eine Lösung vor Weihnachten sei möglich, es könne aber auch sein, dass die Verhandlungen bis ins neue Jahr dauern. Fix ist: Der neue KV gilt ab 1. Februar. **VN-EBI**



EINFACH MEHR ERFAHREN

<https://VN.AT/sunMXW>

3,5 Prozent plus für Bundesbedienstete

Einigung unmittelbar vor geplanter Großdemo in Wien erzielt.

WIEN Die Vorarlberger Delegation rund um den Yunion-Landesvorsitzenden Thomas Kelterer war gerade unterwegs nach Wien, als sich Regierung und Gewerkschaft doch noch auf einen Gehaltsabschluss einigten. Die unmittelbar bevorstehende Protestkundgebung, bei der man 30.000 Menschen erwartet hatte, wurde abgesagt.

Der Abschluss gilt für die Bundesbediensteten und ist für zwei Jahre fixiert. Heuer bleibt man mit durchschnittlich 3,5 Prozent unter der Inflation, kommendes Jahr sollen 0,3 Prozentpunkte auf die Teuerung draufgelegt werden.

„Luft nach oben“

Einen Abschluss über zwei Jahre habe es bisher noch nicht gegeben, er sei aber akzeptierbar, reagiert Thomas Kelterer auf das Ergebnis: „Für Vorarlberg als teuerstes Bundesland sehe ich noch Luft nach



Die Vorarlberger Delegation rund um den Yunion-Landesvorsitzenden Thomas Kelterer kehrte in Melk wieder um.

oben, da wir höhere Lebenshaltungskosten haben.“ Ob die Landes- und Gemeindebediensteten die gleiche Erhöhung bekommen, muss in den Ländern entschieden werden. In Tirol wird das Ergebnis zum Beispiel übernommen. Kelterer will den Verhandlungen in Vorarlberg nicht vorgreifen. Diese finden kommende Woche statt und betreffen 14.000 Beschäftigte im Land - vom Bauhof und von der Kinderbetreuung in den Ge-

meinden bis zu Lehrern und Spitalsbediensteten im Land. Wie die VN berichteten, hat Landeshauptmann Markus Wallner eine Erhöhung von drei Prozent budgetiert, was der Gewerkschaft zu wenig wäre.

Die Vorarlberger Yunion-Delegation ist am Dienstag übrigens nie in Wien angekommen. Nachdem die Einigung verkündet wurde, kehrte sie um. Von Melk ging es dann zurück ins Ländle. **VN-EBI**



Kommentar

Kathrin Stainer-Hämmerle

Blaue Sturzflut

Die Bilanz zum Superwahljahr 2024 lässt sich mit wenigen Worten zusammenfassen: ein blauer Erfolg auf allen Linien. So erdrutschartig die Ergebnisse waren, so wenig überraschten sie. Die Basis der Stimmzunahme bildeten ein tiefer Vertrauensver-

„Vorerst scheint es, dass die Steiermark statt dem abgestraften Landeshauptmann Christopher Drexler das ‚Bauernopfer der Republik‘ wird.“

lust in Regierungsparteien, eine von Verunsicherung geprägte Grundstimmung („Es muss sich was ändern, damit sich nichts ändert“), die Überbewertung von Gefühlen in einem postfaktischen Zeitalter sowie die Haltung „Mia san mia“ bis „Schuld sind immer die anderen“.

Selbstverständlich sind die Erfolge der Populisten (nicht nur in Österreich, auch weltweit) durch ihren skrupellosen Hang zur Polarisierung und ihre Pläne zur Zerstörung demokratischer Kontrolle bedenklich. Die Nachwehen von Corona sind doch länger spürbar als die Beschäftigung der Regierungsparteien mit den Studien dazu. Aber mit Harald Vilimsky, Herbert Kickl, Christoph Bitschi und jetzt Mario Kunasek haben doch sehr unterschiedliche Persönlichkeiten die FPÖ zu historischen Erfolgen geführt. Nicht alle haben gepoltet und polemisiert wie Kickl. Umgekehrt hat sich auch keiner vom Bundespartei- und Zielgruppen distanziert.

Was aber in den vielen Warnungen vor einer Machtübernahme durch die FPÖ übersehen wird, ist das innovative Element von rechtspopulistischen Bewegungen. Sie üben starken Druck auf andere Parteien aus, sich neuen Themen, Kommunikationskanälen und Zielgruppen anzunehmen. So gelang es der FPÖ bei

der Nationalratswahl, 258.000 Nichtwählerinnen und -wähler zu mobilisieren. 22 Prozent ihrer Stimmen kamen bei der Vorarlberger Landtagswahl aus diesem Teich. Auch bei der Steiermarkwahl floss nicht nur jede fünfte Stimme von der ÖVP zur FPÖ, sondern ebenso 56.000 ehemalige Wahlverweigerer machten dort ihr Kreuz.

Der FPÖ ist also gelungen, was andere nicht geschafft haben. Menschen, die nicht mehr an die Wirkung der Stimmabgabe glaubten, zur Wiederaufnahme ihrer politischen Staatsbürgerrolle zu animieren. Der verwendete Stil und die wenig glaubwürdigen Versprechen („Null-Asyl-Quote“, Energiepreisedeckel oder die Einführung von in Vorarlberg lang gewünschten zusätzlichen Möglichkeiten von direkter Demokratie) können sich in Regierungsverantwortung schnell entlarven. Aber auf die automatische Entzauberung der Populisten als Bundeskanzler oder Landeshauptmann sollten sich die anderen Parteien nicht verlassen. Denn aus der blauen Welle wird eine Sturzflut, wenn andere keine Dämme errichten.

Vorerst scheint es, dass die Steiermark statt dem abgestraften Landeshauptmann Christopher Drexler das „Bauernopfer der Republik“ wird. ÖVP und SPÖ wird es ganz recht sein, wenn die FPÖ dort ihre Tauglichkeit als Nummer eins beweisen muss und dann als abschreckendes Beispiel herhalten kann. Das könnte allerdings einen hohen Preis haben, wie der südliche Nachbar beweist. An den Schulden nach der von Jörg Haider hinterlassenen Bankenpleite knabbert Kärnten noch lange.

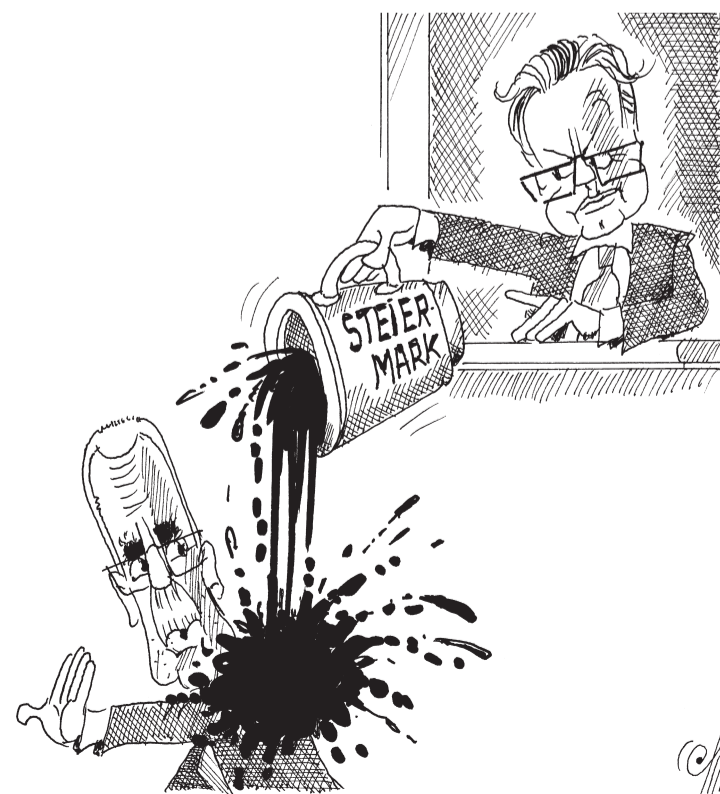


KATHRIN STAINER-HÄMMERLE
kathrin.stainer-haemmerle@vn.at

FH-Prof. Kathrin Stainer-Hämmerle, eine gebürtige Lustenauerin, lehrt Politikwissenschaften an der FH Kärnten.

KARIKATUR

ÖVP-Schmutzkübel!



Silvio Raos